

# Rheingauer Bote

Rüdesheimer Zeitung  
Amtliches Bekanntmachungsblatt

Fernsprecher 295.

Anzeigenpreis: 20 Pfg. für die einpaltige  
Betitzelle, für auswärtige Anzeigen 25 Pfennig.  
Textzettel im Reklamenteil 75 Pfennig. — Bei  
mehrmaliger Aufnahme entsprechender Nachsch.  
Druck und Verlag:  
A. Meier's Buchdruckerei, Rüdesheim a. Rh.

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mitt-  
woch und Freitag. Bezugspreis: viertel-  
jährlich Mk. 6.—, in der Geschäftsstelle abgeholt  
Mk. 5.80. Durch die Post bezogen vierteljährlich  
Mk. 6.— ohne Bestellgeld  
Verantwortlicher Schriftleiter: Karl Meier

Nummer 80.

Montag, den 12. Juli 1920.

44. Jahrgang.

## Amtlicher Teil.

### Bekanntmachung.

2 1974. Die Verwaltung der in der neutralen  
Zone zwischen den Brückenköpfen Mainz und Koblenz  
gelegenen Gemeinden Lorch, Lorchhausen, Ransel und  
Wollmerschied, die bisher vom Landratsamt Limburg  
a. d. L. verwaltet wurden, erfolgt nunmehr wieder  
vom Rheingaukreis aus.

Rüdesheim, den 8. Juli 1920.

Der kom. Landrat des Rheingaukreises:  
Dr. Wülhens.

2 1919. Der Bezirkschornsteinfegermeister Fritz  
Schwanf ist mit Wirkung vom 1. Juli ds. Js. als  
Bezirkschornsteinfegermeister des neugebildeten Rehr-  
bezirks Seifenheim, umfassend die Gemeinden  
Seifenheim, Johannsberg, Stephanshausen, Winkel,  
Mittelheim und Destrich, angestellt worden und der  
Chornsteinfegermeister Waltherr Bohring aus  
Frankfurt a. M. vom gleichen Zeitpunkt als Bezirks-  
schornsteinfegermeister des Rehrbezirks Rüdesheim,  
umfassend die Gemeinden Rüdesheim, Ahmannshausen,  
Kulhausen, Eibingen, Espenschied, Lorch, Lorchhausen,  
Ransel und Wollmerschied.

Die in Frage kommenden Polizeiverwaltungen  
und Ortspolizeibehörden ersuche ich um entsprechende  
ortsübliche Bekanntmachung.

Rüdesheim, den 7. Juli 1920.

Der kom. Landrat des Rheingaukreises.  
Dr. Wülhens.

Vorstehende Bekanntmachung bringen wir hier-  
mit zur öffentlichen Kenntnisnahme.

Rüdesheim, den 10. Juli 1920.

Die Polizeiverwaltung: Neumann.

### Betrifft: Einmachzucker.

Auf telegraphische Anfrage hat uns das Landes-  
verderont mitgeteilt, das als Einmachzucker 1/2 Pfund  
Auslandszucker pro Kopf zur Verteilung kommen soll.  
Die Verteilung dieses Zuckers wird voraussichtlich  
Ende ds. Mts. erfolgen. Eine frühere Ausgabe ist  
leider nicht möglich.

Rüdesheim, den 9. Juli 1920.

Kreiswirtschaftsamt des Rheingaukreises.

Nach der im „Rheingauer Anzeiger“ Nr. 81 vom  
10. Juli 1920 veröffentlichten Bekanntmachung des  
Herrn Landrats vom 6. Juli 1920, sind die Sommer-  
ferien für Rüdesheim a. Rh. wie folgt festgesetzt:  
Erster Tag 9. Juli. Zweiter Tag 9. August 1920.

Rüdesheim, den 10. Juli 1920.

Der Bürgermeister: Neumann.

Die Ausgabe der **Fleischkarten** erfolgt auf  
dem Lebensmittelamt, Kellerstr. 1.

Für die einzelnen Bezirke wird die Ausgabe der  
Fleischkarten wie folgt festgesetzt:

Dienstag, den 13. Juli 1920.

Bezirk 1, 2 u. 3	von 8—9 Uhr	vormittags
" 4, 5 u. 6	" 9—10	"
" 7, 8 u. 9	" 10—11	"
" 10, 11, 12, 13	" 11—12	"

Mittwoch, den 14. Juli 1920.

Bezirk 14, 15 u. 16	" 8—9	vormittags
" 17, 18 u. 19	" 9—10	"
" 20, 21 u. 22	" 10—11	"
" 23, 24, 25, 26	" 11—12	"

Auf pünktliches Abholen der Fleischkarten, während  
den festgesetzten Stunden, wird wiederholt aufmerksam  
gemacht.

Rüdesheim, den 12. Juli 1920.

Der Magistrat.

In der Woche vom 13. bis 19. 7. 1920 kommen  
folgende Lebensmittel zur Verausgabung:

Bei den Metzgern am Mittwoch und Donners-  
tag, den 14. und 15. ds. Mts., Schmalz, abgetrennt  
wird Nr. 36 der Fettkarte.

Ferner in allen Geschäften **Margarine, Safer-  
flocken, Erbsen Bohnen** und **Sacharin**.

Abgetrennt wird für Hülsenfrüchte Nr. 17 der  
Lebensmittelkarte, für Margarine Nr. 37 der Fett-  
karte.

Auf den Kopf entfallen:

Schmalz	250 Gramm	zum Preise von 9.— Ml.
Margarine	250	" " " " 6.25 Ml.
Saferflocken	250	" " " " 1.15 "
Erbsen	500	" " " " 3.40 "
Bohnen	500	" " " " 4.70 "
Sacharin (1 Päckchen)	"	" " " " 0.70 "

Bei Speck und Margarine erhalten die Selbst-  
versorger die Hälfte, Fettselfversorger sind vom Be-  
zuge ausgeschlossen.

Solange der Vorrat reicht, wird Freitag, den  
16. Juli 1920, im alten Amtsgericht vormittags von  
8—12 Uhr und nachmittags von 2—5 Uhr **Dosen-  
wurst** ausgegeben. Der Preis für eine Dose be-  
trägt 12 Ml.

Samstag, den 17. Juli 1920, vormittags von  
8—12 Uhr, erfolgt im alten Amtsgericht die Aus-  
gabe von **gezuckerter und ungezuckerter Dosen-  
milch**, zum Preise von 9 Ml. die Dose.

Rüdesheim, den 12. Juli 1920.

Der Magistrat

Die am 3. ds. Mts. angemeldeten **Herren-  
socken und Hemdentuch** können vom Dienstag,  
den 13. Juli 1920 ab, gegen vorherige Abholung  
eines Bezugsscheines auf dem Lebensmittelamt, Keller-  
straße Nr. 1,

Socken bei Frä. Maria Reichert, Feldstraße

Hemdentuch " bei Geschwister Larius, Markt, gegen Bar-  
zahlung in Empfang genommen werden.

Das Paar Socken kostet 5.80 Ml.

Das Meter Hemdentuch kostet 12.80 "

Es wird darauf hingewiesen, daß die Socken  
und das Hemdentuch pünktlich und zwar bis spätestens  
Donnerstag, den 15. ds. Mts. abzuholen ist.

Rüdesheim, den 12. Juli 1920.

Der Magistrat.

## Preußische Landesversammlung.

Berlin, 8. Juli. Die heutige Debatte be-  
wegte sich zum größten Teil wieder in den Bahnen  
der Parteipolitik. Von dem Redner der Deutschen  
Volkspartei wurde unter Beibringung von Beweis-  
material die Anstellung von Beamten nach rein  
partei politischen Gesichtspunkten bemängelt. Der  
Gesetzentwurf betr. Feststellung des Staats-  
haushaltsplans wird mit den dazu gehören-  
den Vorlagen an den Hauptausschuß zur Prüfung  
überwiesen. Ein Gesetzentwurf über die Vollen-  
dung des Mittellandkanals und die durch  
sie bedingten Ergänzungsbauten an vorhandenen  
Wasserstraßen wird, nachdem der Minister Dieser  
den historischen Entwicklungsgang der Frage des  
Kanalbaues in kurzen Zügen dargelegt hat, ohne  
Aussprache an einen besonderen Ausschuß von  
29 Mitgliedern überwiesen. — Ein Gesetzentwurf,  
der die Neuordnung der Verfassung der Evange-  
lischen Landeskirche der älteren Provinzen Preu-  
sens behandelt, wird angenommen. — Ein Antrag  
aller Parteien, der noch nicht auf der Tagesordnung  
stand, ersuchte die Regierung, dahin zu wirken, daß  
die Erklärungen und die bisher militärischen  
Zwecken dienenden Gebäude in Badeorten für  
Kriegsbeschädigte und Minderbemittelte dienbar  
gemacht würden. Ueber diesen Antrag ergibt sich  
eine erregte Geschäftsordnungsdebatte. Der Prä-  
sident hatte sich bereit erklärt, über den Antrag ab-  
stimmen zu lassen, wenn sich kein Widerspruch er-  
gebe. Der Abg. Stendel von der Deutschen Volks-  
partei fühlte sich jedoch bemüht, unter lebhaften  
Entrüstungsrufen gegen die sofortige Behandlung

des Antrages Widerspruch zu erheben. Die Er-  
regung über dieses Vorgehen des Abg. Stendel war  
allgemein. Sie führte schließlich dazu, daß der Abg.  
Stendel erklärte, nach Rücksprache mit seinem Frak-  
tionsvorsitzenden ziehe er seinen Widerspruch zu-  
rück. Der Antrag wird daraufhin einstimmig an-  
genommen.

Das Haus vertagte sich darauf auf Mittwoch,  
den 15. September. Die Ausschüsse werden dieser  
Tage ihre Arbeiten ebenfalls einstellen und sie erst  
Mitte August wieder aufnehmen.

## Das preussische Wahlrecht.

Berlin, 9. Juli. Im preussischen Ministerium  
des Innern ist der Entwurf des preussischen Wahl-  
gesetzes ausgearbeitet worden, das der Landes-  
versammlung bei ihrem Wiederzusammentritt am  
15. September zugehen soll.

Der Entwurf schließt sich ziemlich eng an das  
Reichswahlgesetz an. Entsprechend der Reichsver-  
fassung sind wahlberechtigt alle in Preußen wohn-  
haften deutschen Männer und Frauen. Den 20.  
der Hauptwahl steht das Staatsministerium im  
Einvernehmen mit dem Aeltestenrat der Landes-  
versammlung fest. Die Vorlage sieht die Ein-  
teilung des Landes in

### 74 Wahlkreise

vor, darunter im Westen Saarland, Kassel, Lim-  
burg, Wiesbaden, Frankfurt, Köln, Bonn,  
Koblenz und Trier. In jedem dieser Wahlkreise  
werden 4—7 Abgeordnete gewählt, und zwar so, daß  
auf 40 000 für die Liste einer Partei abgegebene  
Stimmen ein Abgeordneter entfällt. Die Reststim-  
men werden den Verbandswahlkreisen zugeführt.  
Solcher Verbandswahlkreise gibt es 19, darunter  
im Westen Arnberg-Bessen-Raffan, Rheinland 1—4.  
In diesen Verbandswahlkreisen entfällt wiederum  
auf je 40 000 Stimmen ein Mandat. Die Reststim-  
men der Verbandswahlkreise werden der Landes-  
liste zugeführt, bei der in der gleichen Weise  
40 000 Stimmen ein Abgeordneter entfällt. Der  
wesentliche Unterschied vom Reichswahlgesetz besteht  
darin, daß auf 40 000 statt auf 60 000 Wähler ein  
Abgeordneter kommt, und daß die Wahlkreise  
wesentlich kleiner sind, um eine bessere persönli-  
che Nährung zwischen den Wählern und den Abgeord-  
neten herzustellen.

## Die Konferenz in Spa.

mz. Spa, 9. Juli. Die Deutschen haben das  
von den Alliierten vorgeschlagene Abkommen um  
11.15 Uhr unterzeichnet, nachdem sie erklärt hatten,  
daß keine Bestimmung des Friedensvertrages von  
Verfallens sie zwingen würde, neue Gebietsbe-  
stimmungen sich gefallen zu lassen, es sei denn im  
Falle der Nichterfüllung der Wiedergutmachungs-  
bestimmungen

\*

mz. Spa, 9. Juli. Der Bericht über die heutige  
Vormittagskonferenz lautet: Die Konferenz trat um  
10.30 Uhr zusammen. Präsident Delacroix forderte die  
deutsche Delegation auf, die Antwort hinsichtlich der  
Unterzeichnung des Protokolls, dessen Text allen Dele-  
gationen durch das Generalsekretariat zugestellt worden  
sei, mitzuteilen. Die deutsche Delegation erklärte sich  
bereit, das Protokoll zu unterzeichnen, setzte aber  
auseinander, daß sie das Protokoll hinsichtlich der  
durch die Alliierten auferlegten Strafbestimmungen  
unterbreiten müsse. Lloyd George erklärte im Namen  
der Alliierten, daß das Protokoll tatsächlich keinerlei  
Maßnahmen ins Auge fasse, die einen seitens Deutsch-  
lands, die anderen seitens der Alliierten, er sehe  
nicht ein, was der Reichstag mit den Strafbestimmun-  
gen zu tun habe, während etwaige Änderungen  
den Alliierten zuständen und übrigens bereits im  
Schlußabsatz des Protokolls vom 10. Januar 1920,  
das Deutschland unterzeichnet habe, vorgegeben seien.  
— Der Kanzler nahm die Argumentation Lloyd Georges  
an und erklärte dann, daß die deutsche Delegation das  
Protokoll unterzeichnen würde. Die Sitzung wurde  
für einige Minuten unterbrochen, um das Protokoll  
zur Unterschrift fertig zu machen; sie wurde um 12 Uhr  
mittags wieder aufgenommen. — Auf der Tagesord-  
nung stand die Bestrafung der Schuldigen. Der deutsche  
Justizminister Dr. Heine setzte auseinander, wie weit  
das Verfahren gegen die Schuldigen vor dem Reichs-  
gericht in Leipzig vorgeschritten sei. Lloyd George gab  
der Ansicht Ausdruck, daß die Frage noch nicht so weit  
gefördert sei, um in der Konferenz besprochen zu wer-  
den. Es müsse vorher eine Zusammenkunft zwischen  
den deutschen und den alliierten Ministern stattfinden.  
Wenn diese nicht zu einer Uebereinkunft gelangen sol-  
ten, würde die Angelegenheit wieder vor die Konfe-  
renz kommen. — Die deutsche Delegation stimmte dem

Verfahren zu und erkannte an, daß Deutschland ebenso viel Interesse wie die Alliierten daran habe, die Verbrecher gegen die Kriegsgesetze zu bestrafen.

mz. Spa, 9. Juli. Die Konferenz trat nach der Erledigung der militärischen Fragen in die Besprechung der Frage der sogenannten Kriegsverbrecher ein. Nach Ausführungen des deutschen Justizministers schlug Lloyd George vor, die Einzelheiten der Frage einer Besprechung der Justizminister zu überlassen. Die Sitzung wurde nach 1 Uhr vertagt. Die nächste Sitzung, in der die Justizminister die Bestrafungsfrage besprechen werden, findet nachmittags 3 Uhr in der Villa Freneuse statt. Die Plenarsitzung findet nachmittags 4.30 Uhr statt, um die Beratungen über die Kohlenfrage zu beginnen. — Reichswehrminister Gessler und General v. Seeckt sowie die militärischen und maritimen Sachverständigen sind heute Abend abgereist. Nachmittags wurden erwartet: Dernburg, Rathenau, Bankdirektor v. Stauff, Bankdirektor v. Urbig, Bergwerksdirektor Lüben-Gffen und Geheimrat v. Notow. — Staatssekretär Albert begibt sich heute nachmittag vorübergehend nach Berlin zurück.

mz. Spa, 9. Juli. Die Sonderbesprechung der Justizminister fand um 3 Uhr nachmittags im Schloß de la Freneuse statt. Die Beratungen führten zum Abschluß eines Übereinkommens. Es wird darin dem deutschen Reichsgericht der direkte Verkehr mit den Justizbehörden der Alliierten ohne Benutzung des diplomatischen Weges zur Beschleunigung des Verfahrens gegen die der Kriegsverbrechen Beschuldigten ermöglicht. Das Abkommen wurde in der späteren Vollziehung genehmigt und unterschrieben. Diese Vollziehung trat um 1/5 Uhr zur Besprechung der Kohlenfrage zusammen. Die Delegierten waren von einem Stabe von zahlreichen Sachverständigen begleitet. Ministerpräsident Millerand machte im Namen der Alliierten längere Ausführungen, die darin gipfelten, daß Deutschland mit den Kohlenlieferungen, zu denen es nach dem Friedensvertrage verpflichtet sei, im Rückstande sei. Die Alliierten hätten deshalb bestimmte Beschlüsse gefaßt, die sie Deutschland zur Unterzeichnung vorlegten. Nach diesen Beschlüssen der Alliierten wird 1. den Kohlenanforderungen Frankreichs die Priorität aus allen deutschen Förderungen gesichert und 2. eine alliierte Kohlenkontrollkommission mit dem Sitz in Berlin eingerichtet, um die gesamte Verteilung der in Deutschland geförderten Kohlen zu überwachen und zu beaufsichtigen, 3. Deutschland zur Vorlage eines genauen Kohlenlieferungsplanes für seine gesamte Kohlenwirtschaft zur Genehmigung durch diese Kohlenkontrollkommission genötigt, 4. werden im Falle der Nichterfüllung dieser Bedingungen auf Verlangen der Reparationskommission bestimmte Strafmaßnahmen in Aussicht genommen. Minister Dr. Simons erklärte im Namen der deutschen Delegation, daß die deutsche Regierung nicht imstande sei, ohne eingehende Besprechung mit den Sachverständigen sich zu der Angelegenheit zu äußern. Es wurde darauf gegen 7 Uhr abends eine neue Sitzung für Samstag vormittag 11 Uhr angesetzt.

mz. Spa, 9. Juli. Wie die Blätter melden, wird über die Frage der Entschädigung noch zwischen den Alliierten verhandelt. — Der belgische Standpunkt, d. h. 5% und Priorität für 2% Milliarden, sei bewilligt. Die Besprechungen über die Danziger Frage sollen am Samstag oder Sonntag unter Zuziehung der polnischen Delegation stattfinden. Der polnische Ministerpräsident Grabsti ist gestern hier eingetroffen.

mz. Spa, 9. Juli. Der französische Vertreter für das Rheinland, Tirard, sowie der französische Botschafter in Berlin und der französische Botschafter in Brüssel sind hier eingetroffen.

mz. Brüssel, 9. Juli. Havas-Neuter verbreitet hier folgenden Bericht über die heutige Sitzung in Spa: Die Uebereinkunft betr. die Entwaffnung wurde heute von den deutschen Vertretern nach einer bewegten Sitzung unterzeichnet. Nachdem Dr. Simons erklärt hatte, seine Kollegen und er seien zur Unterzeichnung, nicht aber zur Annahme der Strafbestimmungen bereit, bemerkte Lloyd George, es gebe nur ein Ja oder Nein. — Darauf unterzeichneten die Deutschen.

mz. Berlin, 9. Juli. In einer mit den Parteiführern, dem Hauptausführer des Reichstages und dem Reichsrat gepflogenen Besprechung über die Bedingungen der Entente betr. die Entwaffnung wurde vom Reichsminister Koch einleitend hervorgehoben, daß der Reichskanzler und die in Spa anwesenden Mitglieder der Reichsregierung über die Auffassungen dieser Organe unterrichtet zu sein wünschten, bevor eine Entscheidung getroffen werde. Die Sitzung zog sich bis nach Mitternacht hin und wurde heute Morgen 8 Uhr wieder aufgenommen. Die Bedingungen der Entente lösten die schwersten Bedenken aus, insbesondere erklärten die Parteien einmütig in der Drohung mit der Besetzung deutschen Gebietes eine schwere Gefährdung unserer staatlichen Existenz und der Herstellung eines ethischen, friedlichen Zusammenarbeitens. Die Vertreter der Reichsregierung in Spa wurden von dem Ergebnis der Besprechungen unverzüglich in Kenntnis gesetzt.

mz. Berlin, 9. Juli. Gestern Abend fand hier unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten eine Besprechung der hier anwesenden Mitglieder des Kabinetts über die Lage in Spa statt. Daran schloß sich eine Aussprache der Parteiführer, woran auch Mitglieder des Preussischen Landtages teilnahmen. Für heute morgen 8 Uhr war eine gemeinsame Sitzung des Haushaltsausschusses und des Reichsrates einberufen. Die Besprechungen waren streng vertraulich.

mz. Berlin, 10. Juli. Wie die Germania zuverlässig erfährt, traf heute in den ersten Morgenstunden bei der Reichsregierung in Berlin ein Telegramm aus Spa ein, wonach unter der Entwaffnung der Sicherheitspolizei keineswegs deren völlige Entwaffnung oder gar deren Auflösung zu verstehen sei, sondern vielmehr die Einziehung schwerer Waffen und die Entmilitarisierung. So nach würde also die Sicherheitswehr als reine Polizeitruppe fortbestehen.

mz. Spa, 10. Juli. Die heutige Sitzung der Konferenz wurde nach 10.30 Uhr eröffnet. Minister Dr. Simons erklärte, daß er den Alliierten nicht das Recht zu den beabsichtigten Maßnahmen zugehen könne, da ein böswilliges Unterlassen Deutschlands bei der Nichterhaltung der Kohlenlieferungen nicht vorliege, Maßregeln, die Deutschland wieder als Diktat auferlegt werden sollten. Die deutsche Regierung habe beabsichtigt, für die mit der ganzen Wiedergutmachungsfrage im Zusammenhang stehende Kohlenfrage bestimmte Pläne vorzulegen, welche den berechtigten Ansprüchen und besonders denen Frankreichs, Rechnung tragen. Wir hätten es für zweckmäßig gehalten, wenn die ganze Frage von einer Sachverständigenkommission geprüft würde, neben der Deutschland noch drei andere Kommissionen vorschlagen wollte, eine für die technische Frage der industriellen Leistungen an die Alliierten, die zweite für die Frage des Wiederaufbaus der zerstörten Gebiete und die dritte für die Wirtschaftsfragen und die Finanzierung der deutschen Sach- und Arbeitsleistungen und der internationalen Gedränge überhaupt. Die Kohlenfrage sei von allen die schwerwiegendste. Sie könne nur im Einverständnis mit den Bergarbeitern und den Bergwerksbesitzern gelöst werden. Er biete darum, die anwesenden Vertreter dieser beiden Gruppen zu Worte kommen zu lassen. Sie sprächen nicht im Namen der Regierung, sondern, was sie hier sagten, sei ihre persönliche Ansicht und die Ansicht derer, die sie vertreten. Hugo Stinnes erhielt darauf das Wort und führte im einzelnen aus, was bereits geschehen sei, um die Förderung von Kohlen zu erhöhen, und was zur weiteren Erhöhung der Förderung noch in Aussicht genommen sei. Er wandte sich in scharfer und eindringlicher Weise gegen die Drohung, daß die Entente bei Nichterfüllung der von ihr gestellten Bedingungen ins Ruhrgebiet einmarschieren würde. Sie würde dann keineswegs eine vermehrte Förderung erzielen, sondern die Folgen würden sofort ein wesentliches Herabsinken der Förderungsleistung sein. Die Bedingungen des Bergbaues seien ohnehin durch die Bedingungen des geltenden abgeschlossenen militärischen Abkommens außerordentlich erschwert, da es nur unter erheblichen Unruhen möglich sein werde, die einzelnen Punkte zur Durchführung zu bringen. Als Vertreter der Bergarbeiter erklärte Due, daß die deutsche Bergarbeiterschaft, die schon entkräftet durch die langjährige Hungerblockade unter ungünstigen Verhältnissen lebe, sich entschlossen habe, die Mehrforderungen an Kohle, die in erster Linie Frankreich zugute komme, durch Leistungen von Ueberflüssigkeiten zu erfüllen. Die Arbeiterchaft Deutschlands stehe aber wie die Frankreichs, Englands und Amerikas auf dem Standpunkte, daß das existenzwerte Ziel die Sechsstundenschicht sei. Die ganze Kohlenfrage sei eine internationale Frage, die nur durch internationale Abmachungen gelöst werden könnte. Die Vertreter der deutschen Arbeiterchaft seien gern nach Spa gekommen, um an dieser internationalen Aufgabe mitzuarbeiten. Die Alliierten sollten aber nicht glauben, daß die Diplomaten am grünen Tisch irgendwas feststellen könnten, wenn die Arbeiter nicht bereit wären, das auszuführen. Er erbot sich, daß die alliierten ihnen Gelegenheit geben würden, in einer Sachverständigenkommission in nähere Besprechungen einzutreten. — Die Sitzung wurde darauf auf 4 Uhr nachmittags vertagt.

Spa, 11. Juli. Die in der gestrigen Vormittags-sitzung gehaltenen Reden des Reichsministers Simons sowie der Herren Stinnes und Due scheinen ihren Eindruck nicht verliert zu haben. Die Kohlenachtele nahmen untereinander Fühlung. Ihre bisherigen Verhandlungen verlauten ansehnend zufriedensstellend. Die Erörterungen in der Kohlenfrage dauern fort. Es werden in der Nachmittags stattfindenden Vollsitzung eine besondere Rolle spielen. Die gestrige Nachmittags-sitzung beschäftigte sich zum erstenmale mit den Finanzfragen und mit der Frage des Wiederaufbaus. Der Ton der Verhandlungen lieg nichts zu wünschen übrig. Im Anschluß an die Vollsitzung fanden gestern Abend und heute früh Verhandlungen der einzelnen Ressorts statt. Vormittags wurde eine Kabinettsitzung abgehalten.

Spa, 11. Juli. Bei Eröffnung der Sonnabend-Nachmittags-sitzung ergriff zunächst Millerand das Wort. Er erklärte auf die Ausführungen der deutschen Sachverständigen in der Vormittags-sitzung mit Rücksicht darauf, daß sie nicht die verantwortlichen Sprecher Deutschlands seien, nicht eingehen, sondern sich auf die Darlegungen der amtlichen Vertreter der Reichsregierung beschränken zu wollen. Deutschland habe die Kohlenlieferungen, zu denen es verpflichtet sei, nicht erfüllt, sondern willkürlich vermindert. Die Entente habe das Recht, von Artikel 18 Anhang 2 des Friedensvertrages Gebrauch zu machen, sie begnüge sich aber mit den Sicherungen für die Zukunft. Millerand gab darauf die Erklärung ab über die Tragweite in dem Beschluß des von den Alliierten festgesetzten Prioritätsrechtes Frankreichs an der gesamten deutschen Kohlenförderung, wobei er versicherte, daß Deutschlands eigener Bedarf gerecht bemessen und seine Bevölkerung ausreichend mit Lebensmitteln versorgt werden solle. Gleichzeitig erklärte er, daß die Entente bereit sei, ihre Sachverständigen sofort mit den deutschen Sachverständigen zusammentreten zu lassen, um den deutschen Kohlenförderungsplan zu prüfen.

Der französische Ministerpräsident schloß mit der Versicherung, daß Frankreich von keinerlei

Rachegefühl gegen das deutsche Volk beseelt sei, sondern den Wunsch hege, daß Deutschlands wirtschaftliche Kraft im Interesse ganz Europas seine alte Höhe erreiche, sofern es nur seine Verpflichtungen einlöse, und daß die beiderseitigen Beziehungen sich so friedlich wie möglich gestalten möchten.

Darauf traten die beiderseitigen Sachverständigen sofort zur Prüfung des deutschen Kohlenförderungs-Programms zusammen.

Dann ergriff Reichsminister Dr. Simons das Wort. Er betonte nach einem Dank für die freundlichen Worte Millerands, daß die Entente, ehe sie im Falle von Verletzungen des Friedensvertrages zu den vorgesehenen Strafmaßnahmen greife, billigerweise die deutsche Regierung auffordern müsse, die Vertragsverletzungen einzustellen.

Dr. Simons erklärte alsdann, daß der von der deutschen Regierung entworfene Kohlenwirtschaftsplan mit Rücksicht auf die von den Alliierten gefaßten Beschlüsse abgeändert werden müsse und deshalb erst Montag früh, wennmöglich schon Sonntag abend vorgelegt werden würde. Ferner kündigte Dr. Simons für Montag die Vorlage des Planes für die Ausführung der Wiedergutmachungen an und bemerkte dazu, daß der Plan zunächst die finanzielle Gesamtleistung Deutschlands umfasse, sowohl die einzelne Jahresleistung wie die Gesamtleistung, und die technische Durchführung. Die im Friedensvertrag vorgezeichneten auf die Gesamtschuldsumme anzurechnenden Sachleistungen müßten garantiert werden.

Daneben regte der Minister eine internationale Aktion zur Neubesiedelung der zerstörten Gebiete an, die, als geschäftliche Unternehmung aufgebaut, übermäßige Unternehmergewinne ausschließen und unter gemeinsame soziale Kontrolle gestellt werden müsse.

Darauf wurde die Konferenz auf Sonntag nachmittags 5 Uhr zur Kenntnisnahme des Berichtes der Sachverständigen in der Kohlenfrage vertagt. Die Minister und die Kohlenfachverständigen traten abends zu Beratungen zusammen.

mz. Spa, 11. Juli. Bei Beginn der heutigen Sitzung teilte der Vorsitzende mit, daß der britische Ministerpräsident Lloyd George unpäßlich sei, und erklärte, daß daher die Entscheidung in der Kohlenfrage, über die die beiderseitigen Sachverständigen seit gestern beraten hatten, bis zum Montag vertagt werde. Er richtete weiter an die deutschen Delegierten die Frage, ob sie bereit seien, die von ihnen für heute Nachmittag zugesagten Wiedergutmachungsvorschläge vorzulegen. Reichsminister Dr. Simons entgegnete, die deutschen Wiedergutmachungsvorschläge seien fertiggestellt und hätten der Konferenz im Laufe dieses Nachmittags zugehen sollen. Er habe indessen unmittelbar vor der Sitzung erfahren, daß bei den Kommissionsverhandlungen zwischen den beiderseitigen Sachverständigen für die Kohlenfrage keine Einigung erzielt worden sei. Wegen der grundlegenden Bedeutung der Kohlenindustrie für das deutsche Wirtschaftsleben sei die deutsche Delegation daher nicht imstande, Vorschläge für die Wiedergutmachung vorzulegen, solange die Kohlenfrage unerledigt sei. — Ministerpräsident Millerand erklärte, daß ihn diese Mitteilung beunruhige. Er verlas sodann den Bericht der alliierten Sachverständigen und betonte indessen, daß die Entscheidung der alliierten Regierungen erst morgen erfolgen werde. Dazu ersuchte er erneut um die Ueberreichung der deutschen Wiedergutmachungsvorschläge. — Reichsminister Dr. Simons führte darauf aus, daß nach dem von Herrn Millerand verlesenen Bericht von Deutschland monatlich das 2/3fache des im deutschen Kohlenwirtschaftsplan angelegten Kohlenquantums verlangt werde und danach der deutschen Industrie nur ein Drittel ihres notwendigen Kohlenbedarfs verbleiben würde. Auf sein Ersuchen wurde die Sitzung für den Zweck einer inneren Besprechung der deutschen Delegation auf kurze Zeit vertagt. Nach Wiedereröffnung der Sitzung erklärte Reichsminister Dr. Simons, daß die deutschen Delegierten angesichts der Versicherung des Herrn Millerand, daß die Entscheidung in der Kohlenfrage morgen fallen werde, beschlossen habe, die deutschen Wiedergutmachungsvorschläge zu überreichen, und handigte mehrere Exemplare dem Generalsekretär der Konferenz ein. Er ersuchte dabei die Konferenz, die Gesamtheit der deutschen Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag an der Hand dieser als ein unteilbarer Plan anzusehenden Vorschläge zusammen mit der Kohlenfrage zu prüfen und vorläufig die Entscheidung über letztere auszuheben. Weiter betonte der Minister, daß nach Auffassung der deutschen Delegierten der Zweck der Konferenz von Spa der sein sollte, anstelle der einseitigen Forderung der deutschen Leistungen aus dem Friedensvertrag gemäß Artikel 233 durch die Wiedergutmachungskommission eine Festsetzung aufgrund neuer gegenseitiger Aussprache treten zu lassen. — Ministerpräsident Millerand entgegnete unter Verlesung des in San Remo gefaßten Beschlusses, daß der Vertrag von Versailles einschließlich des Artikels 233 die Grundlage der Beziehungen zwischen Deutschland und den alliierten Mächten bleibe. — Die Sitzung

wurde  
tagt.  
Be  
heute  
aus S  
Minist  
u. See  
wurde  
stert.  
den G  
maßnah  
jammeln  
Waffen,  
das Mi  
sonder  
dem Mi  
hatte, u  
und den  
der Unt  
deutsche  
werde, d  
Der  
Ber  
vorläufig  
normitt  
kennt u  
Deuts  
Stimme  
Stimmen  
Stimmen  
mz. S  
himmun  
Sieg der  
früh vor  
land 5  
abgegeben  
sch für  
halten f  
mz. S  
nachts la  
zahl von  
über w  
Deutsch  
wurden  
gegeben.  
Die  
Mün  
zwischen  
die Regie  
Bayerische  
wieder die  
nisterpräsi  
Neubereit  
nisterialdi  
des Inne  
stellvertre  
net bewäh  
Matt.  
Frankheit  
hiesiger  
soziale Fr  
heiterkref  
schen Tran  
nationale  
eine Frakt  
legen das  
naler Zeit  
Bezirksam  
der Polizi  
mando in  
Beder ans  
der frühere  
Oberbürge  
mann gene  
Miller-We  
enten deu  
riat (die  
rechts) so  
Landesgeri  
recht ist  
ericht nac  
traten beh  
bisherigen  
Bancernhin  
mit dem La  
hing als I  
rein bürger  
auf die bei  
seien haben  
sionders  
dem Nach  
möglichst  
einbari, um  
Minderheit  
zusammens  
treiben in  
Der  
Berlin,  
der Nordfr  
Linien durch  
die Vereini  
schreibliche  
Zuppen fin  
Kanal,  
Nachrichten  
sch Dänabu  
untertragen

wurde darauf auf Montagvormittag 11 Uhr ver-  
tagt.

\*

Berlin, 10. Juli. Beim Reichspräsidenten fand heute Vormittag eine Besprechung statt, in der die aus Spa zurückgekehrten Mitglieder der Delegation, Minister Gehler, Staatssekretär Albert und General v. Seekt, berichteten. Nach allgemeinen Mitteilungen wurden die in Spa getroffenen Vereinbarungen erörtert. Dabei wurde hervorgehoben, daß Lloyd George den Schwerpunkt der Verhandlungen auf die Entlassung der Bevölkerung, das heißt also, das Einammeln der in Händen der Bevölkerung befindlichen Waffen, legte. Die Androhung des Einmarsches in das Ruhrgebiet ist von den Deutschen nicht genehmigt, sondern nur zur Kenntnis genommen worden, nachdem der Reichsminister des Innern zuvor erklärt hatte, daß eine derartige Klausel dem Friedensvertrag und dem Völkerrecht widerspricht. Die Schlussformel der Unterfertigung geht infolgedessen nur dahin, daß die deutsche Regierung Kenntnis nehme und versuchen werde, die Bedingungen auszuführen.

## Der deutsche Sieg im Osten.

### Die Abstimmung in der Ostmark

Berlin, 12. Juli. (Eigener Bericht.) Das vorläufige Abstimmungsergebnis, soweit es heute vorläufig an den amtlichen Stellen in Berlin bekannt war, bedeutet einen großen Sieg des Deutschen. In Westpreußen wurden 99 316 Stimmen abgegeben, davon waren 91 634 für Deutschland. Ostpreußen brachte rund 361 000 Stimmen auf, davon 332 000 für Deutschland.

mz. Marienwerder, 12. Juli. Die Abstimmung in Westpreußen stellt sich als ein großer Sieg der Deutschen dar. Nach den bis 3 Uhr heute früh vorliegenden Ergebnissen sind für Deutschland 59 827, für Polen 5144 Stimmen abgegeben. 118 Ortschaften bzw. Gemeinden haben sich für Deutschland, 16 Gemeinden bzw. Ortschaften für Polen ausgesprochen.

mz. Königsberg, 12. Juli. Bis 1 Uhr nachts lagen Teilergebnisse aus einer ganzen Anzahl von Städten und Kreisen vor, die bisher eine überwältigende Mehrheit für die Deutschen ergaben. In einzelnen Bezirken wurden überhaupt keine polnischen Stimmen abgegeben.

### Die neue Regierung in Bayern.

München, 12. Juli. Die Besprechungen zwischen den Landtagsfraktionen sind abgeschlossen, die Regierungsbildung steht nunmehr fest. Die Bayerische Volkspartei bezieht von acht Ministerien wieder die folgenden fünf politischen mit dem Reichspräsidenten von Kahr als Minister des Innern und Justiz und dem bayerischen Ministerialdirektor Dr. Schweitzer vom Reichsamt des Innern als Staatssekretär des Innern und stellvertretendem Minister. Er ist ein ausgezeichnet bewährter Beamter. Kultusminister bleibt Dr. Katt. Finanzminister wird anstelle des wegen Krankheit nicht zurücktretenden Dr. Koller der bisherige Staatssekretär Dr. Krausneck, die soziale Fürsorge behält der Altschaffenburgs Arbeitersekretär und Verbandsvorsitzender der deutschen Transportarbeiter, Oswald. Die Deutsch-nationale und Deutsche Volkspartei, die künftig eine Fraktionsgemeinschaft im Landtage bilden, bezieht das Justizministerium. Von deutsch-nationaler Seite wird der zum Abgeordneten gewählte Bezirksamtmann Dr. Roth von Dachau, früher bei der Polizeidirektion und bei dem Generalkommando in München, und der Landgerichtspräsident Peter aus Aweißbrücken, von den Nationalliberalen der frühere liberale Fraktionschef im Landtage und Oberbürgermeister von Bayreuth Dr. von Caselmann genannt. Der bisherige Justizminister Dr. Müller-Meinungen, gestützt von seinen eigenen Leuten der Münchener linksdemokratischen Minorität (die Mehrheit der Demokraten im Lande ist rechts) soll Präsident des neu zu schaffenden Landesgerichtes in Koburg werden; das Landesgericht ist bisher nach Meiningen, das Oberlandesgericht nach Jena zuständig gewesen. Die Demokraten behalten das Handelsministerium mit dem bisherigen Minister Regierungsrat Hamm und die Banernbündler das Landwirtschaftsministerium mit dem Lagerhansdirektor Wügelhofer von Straßburg als Minister. Alle Minister des wiederum rein bürgerlichen zweiten Kabinetts Kahr sind bis auf die beiden letztgenannten Beamte. Die Parteien haben beschlossen, die staatlichen Machtmittel, besonders die Wehr- und Sicherheitspolizei, mit allem Nachdruck zu erhalten, im übrigen aber ein möglichst tolerantes persönliches Programm voranzutreiben, um alle Parteien für die parlamentarische Mitarbeit zu gewinnen. So geht Bayern als Ordnungsmacht auch weiterhin vorbildlich und bahnbrechend in Deutschland voran.

### Der Vormarsch der Bolschewiken.

Berlin, 9. Juli. Die Bolschewiken haben an der Nordfront nach schweren Kämpfen die polnischen Linien durchbrochen. An drei Uebergängen wurde die Bersina überschritten. In Wilna ist eine unbeschreibliche Verwirrung ausgebrochen. Litauische Truppen sind nach der Ostfront abgegangen.

Reval, 10. Juli. Nach hier eingegangenen Nachrichten rückten die bolschewistischen Truppen südlich Dünaburg bis zur lettischen Front vor und unterbrachen die Verbindung zwischen der litauischen

und lettischen Front. Die litauische Regierung wurde von den Bolschewiken ersucht, den Durchmarsch durch litauisches Gebiet zu gestatten. Dünaburg, das von lettischen Truppen auf die Aufforderung der Polen besetzt war, wurde von den Letten geräumt und von Bolschewiken besetzt.

Warschau, 9. Juli. Der Bollzugsausschuß der sozialistischen Partei fordert in einem Manifest die Regierung auf, sich mit der Sowjetregierung wegen Friedensverhandlungen in Verbindung zu setzen.

Warschau, 9. Juli. Der Aufruf des Generals Haller an die Gesamtheit des polnischen Volkes fordert zur Bildung von Freiwilligenarmeen auf.

### Die Niederlage der Polen

mz. London, 9. Juli. Der „Times“ wird aus Warschau gedrahtet: Am 1. Juli erhielt die polnische Armee den Befehl zum Rückzug auf der ganzen Front. Dieser rasche Rückzug bedingte die Aufgabe von Minsk und Kowno, die in die Hände der Roten Truppen fielen.

mz. Prag, 12. Juli. Wie „Pravo Lidu“ meldet, sind zahlreiche polnische Flüchtlinge aus Polen über die Grenze der Tschecho-Slowakei gekommen und haben sich an die tschecho-slowakischen Behörden gewandt, damit ihnen ein Asyl gewährt werde.

## Bermischte Nachrichten.

\* Rüdelsheim, 12. Juli. Am gestrigen Sonntag spielte auf dem Sportplatz zu Rüdelsheim die zweite Mannschaft des hiesigen kath. Gesellenvereins gegen zweite Mannschaft des Fußballvereins Bingen und siegte dabei mit 4:1 Toren. Die erste Mannschaft spielte gegen erste Mannschaft des Sportvereins Mittelheim und unterlag dem Gegner mit 5:1 Toren.

\* Rüdelsheim, 12. Juli. (Für Schwimmer.) Am 25. Juli hält der Turngau Süd-Nassau auf dem Rheine zwischen Eltville und Niederwalluf ein großes Schwimmfest ab, bestehend in Wettschwimmen und Gesellschaftsschwimmen. Den seitherigen Vorbereitungen nach gibt es eine große Veranstaltung. Das Wettschwimmen (Schnellschwimmen und Springen in mehreren Unterteilungen) steht für alle Turner und Turnerinnen offen; die Bedingungen sind nicht allzuschwer, jedoch auch den weniger Geübten ein Erfolg in Aussicht gestellt werden kann. Das gemeinschaftliche Gesellschaftsschwimmen, an dem Jedermann, auch Nichtturner kostenlos teilnehmen kann, geht von Niederwalluf bis Eltville woselbst im „Hotel Graf“ die Preisverteilung mit darauffolgendem Ball stattfindet. Jeder Schwimmer und jede Schwimmerin sind willkommen. Für Sicherheit ist durch mitfahrende Aufsichtsmachen ausreichend gesorgt. Meldungen zur Teilnahme nimmt Herr Turnwart Hans Jung, Rüdelsheim, Marktplatz 14, noch entgegen.

K.-A. Rüdelsheim, 12. Juli. Dem Vernehmen nach wird der Rheingaukreis weiteres Notgeld nicht mehr herstellen, da die Druckkosten eine ganz unerschwingliche Höhe erreicht haben. Die noch nicht in Verkehr gebrachten Bestände an Notgeld sind nur ganz geringfügig.

\* Rüdelsheim, 12. Juli. (Aufbringung des einmaligen Fernsprechebeitrags.) Es sind Klagen darüber laut geworden, daß zahlreiche Fernsprechteilnehmer Schwierigkeiten haben, den einmaligen Beitrag zum Ausbau des Fernsprechnetzes (1000 Mk. für einen Hauptanschluß und 200 Mk. für jeden Nebenanschluß) aufzubringen. Die Schwierigkeiten lassen sich beheben. Dem Vernehmen nach schweben bereits beim Reichspostministerium Verhandlungen mit gemeinnützigen Unternehmungen, die bereit sind, das Geld auf Antrag zu einem mäßigen Ueberschuss von etwa 3 v. H. der Telegraphenverwaltung für die Teilnehmer zur Verfügung zu stellen. Sobald die Verhandlungen zum Abschluß gekommen sind, wird weiteres sogleich bekannt gegeben werden.

\* Rüdelsheim, 12. Juli. (Zu den Weinpreisen.) Der Weinhandlerverband der Mosel, Saar und Nahe bespricht in einer Vorstandssitzung die Lage des Weinmarktes. Man kam zu dem Ergebnisse, daß der Spekulant bei der jetzigen Zurückhaltung der Verbraucher Grund zur Sorge haben möge, der Händler dagegen, der mit Sachkenntnis eingekauft habe und seine Weine sorgfältig pflege, dürfe annehmen, für gute Weine auch fernerhin angemessene Preise zu erhalten.

Mhmannshausen, 12. Juli. Bei der am Samstag stattgefundenen Bürgermeisterwahl wurde Herr Verwaltungsbeamte Groß aus Bierstadt bei Wiesbaden einstimmig zum Bürgermeister unserer Gemeinde gewählt.

Wiesbaden, 10. Juli. Von der Ansicht ausgehend, daß die Zukunft unseres Volkes nicht nur von der intensiven Arbeit, sondern besonders auch von Qualitätsarbeit abhängt, und daß demzufolge die Ausbildung des Handwerkerstandes in jeder Weise gefördert werden muß, hat der hiesige Gewerbeverein aus verfügbaren Mitteln den Betrag von 3000 Mk.

seinem Stiftungsvermögen zugefügt, das aus Zuwendungen hiesiger Bürger besteht und zurzeit 41 035 Mk. beträgt. Die Zinserträge des Stiftungsvermögens sind zu Stipendien und Lernmittelbeschaffungen für arme Schüler bestimmt. Da die Gewerbeschule — eine Gründung des Gewerbevereins — aus welcher die jetzige städtische Handwerker- und Kunstgewerbeschule hervorgegangen ist, am 1. Dezember ds. Js. auf ihr 75-jähriges Bestehen zurückblicken kann, so hat der Vorstand beschlossen, seine Stiftung als Erinnerungstiftung an das 75-jährige Jubiläum der Schule zu bezeichnen.

Mainz, 10. Juli. In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung wurden zur Aufbesserung der Gehälter der städtischen Beamten 13 Millionen und für eine weitere Erhöhung der Löhne der städtischen Arbeiter 1 830 000 Mk. bewilligt.

Frankfurt, 10. Juli. Geradezu unglaubliche Preise wurden bei der Versteigerung der Wehpläge auf dem Jurgplatz an der Ostendstraße erzielt. Die Messe dauert 3 Wochen, und es müssen schon Riesengewinne sein, die die Schaubudenbesitzer einnehmen, wenn man folgende Preise hört: Eine Roggenbrotbude, sechs Meter lang, kostet 3600 Mk., drei Schiffschaukeln zahlen 18 700 Mk., 14 000 und 10 000 Mk. ein Kettenkarussell zahlte für die drei Wochen 27 000 Mk. — Durch Beamte der Wucherstelle wurde an der Sternbrücke ein Automobil angehalten, das für 22 000 Mk. Butter verschoben wollte.

Frankfurt, 10. Juli. Seit einigen Tagen hat die Wucherstelle gegen die Schieberbörsen auf dem Börneplatz und auf der Kronprinzenstraße und die wilden Händler einen scharfen Kampf eröffnet. Den Schiebern wird die Ware rücksichtslos weggenommen, während man auch in den Ladengeschäften jede Ueberschreitung der Höchstpreise mit der Beschlagnahme der vorhandenen Vorräte ahndet. Und trotzdem wird weitergeschoben und gemuchert.

Cronberg, 10. Juli. Für den hiesigen Bürgermeisterei-posten haben sich 140 Personen gemeldet. Am Ende dieses Monats soll die Wahl stattfinden.

Bad Ems, 8. Juli. Der Bade- und Kurbetrieb in Bad Ems ist seit gestern unterbrochen, da die Angestellten in den Streik getreten sind. Das Landwirtschaftsministerium, dem die Angestellten unterstehen, hat die Forderungen der Angestellten auf Gehaltserhöhung abgelehnt. Die Arbeiterschaft hat sich mit den Angestellten solidarisch erklärt. Zur Aufnahme der Verhandlungen ist ein Vertreter zum Landwirtschaftsministerium abgereist. (Zrk. 3tg.)

Koblenz, 10. Juli. Mehrere Duzend Gewerbetreibende hauptsächlich Konfektionshäuser, Geschäfte für Herrengegenstände, Weißwaren usw. kündigt an, daß sie einen Teil ihrer Waren bedeutend im Preise, teilweise unter Einkauf, ermäßigt hätten, und daß die neuen Preise zum großen Teil unter dem Weltmarktpreise lägen. Von anderen Geschäftszweigen, besonders von der Schneiderinnung, wird in der nächsten Zeit ebenfalls ein Preisabbau erwartet.

Trier, 9. Juli. Die Eisenbahnerverwaltung hat hier ein großes Gelände angekauft, auf dem 100 Wohnungen für die zahlreichen Beamten erbaut werden sollen, die infolge der Verlegung der Eisenbahndirektion von Saarbrücken nach Trier erforderlich sind.

Mannheim, 9. Juli. Nach einer hier vorliegenden Nachricht eröffnet die Reichsschuhverforgung wieder Verhandlungen über Schuhsankäufe bei Birma-senfer Fabriken. Es kommen Ankäufe im Betrage von 50 Millionen Mark in Frage.

Friedrichshafen, 9. Juli. Heute vormittag machte das neueste und größte Zeppelinluftschiff L 72, das vor Ausbruch der Revolution von der Marineverwaltung in Auftrag gegeben und erst jetzt fertiggestellt worden ist, seine erste glänzende verlaufene Probefahrt. Das Luftschiff muß demnächst an Frankreich abgeliefert werden.

München, 9. Juli. Die Oberammergauer haben sich neuerdings mit der Frage beschäftigt, ob in diesem oder im kommenden Jahre wieder einmal Passions-spiele abgehalten werden könnten. Es wurde dies für untunlich erachtet, wohl wird man sich zur Heranbildung und Schulung der Kräfte wieder mit Uebungs-spielen beschäftigen.

Dresden, 10. Juli. 17 Schuhfabriken sind stillgelegt worden; weitere werden voraussichtlich folgen. In manchen sächsischen Orten finden jetzt ebenfalls Teuerungskundgebungen statt, bei denen die Marktpreise eigenmächtig herabgesetzt werden.

Frenkens Abfindung für seine Eisenbahnen

Berlin, 10. Juli. Nach dem Entwurf zur Durchführung des Staatsvertrages über die Uebertragung der preussischen Eisenbahnen auf das Reich erhält Preußen eine Abfindung von 29 080 586 992 M. Das Reich übernimmt die schwebende Schuld Preußens mit 14,6 Milliarden, so daß Preußen noch eine Forderung von 14 480 Millionen Mark an das Reich hat. Da Preußen auch seine fundierten Schulden mit 10,7 Milliarden Mark dem Reich überträgt, so verbleibt nur noch ein Restkaufgeld von 4716 Millionen Mark, was für Preußen einen jährlichen Zinsbetrag von 188 Millionen Mark ergibt.

## Der Steuerabzug vom Arbeitslohn.

Berlin, 8. Juli. Das Gesetz zur ergänzenden Regelung des Steuerabzuges vom Arbeitslohn, welches in der Dienstag-Sitzung des Reichstages verabschiedet wurde, hat folgenden Wortlaut:

Art. 1. Zur ergänzenden Regelung des Steuerabzuges vom Arbeitslohn werden hinter § 45 des Einkommensteuergesetzes vom 29. März 1920 (Reichsgesetzblatt S. 359) folgende Vorschriften eingefügt:

§ 45a. Bei den ständig beschäftigten Arbeitnehmern, deren Erwerbstätigkeit durch das Dienstverhältnis vollständig oder hauptsächlich in Anspruch genommen wird, hat der Abzug gemäß § 45 a) im Falle der Berechnung des Arbeitslohnes nach Tagen für fünf Mark täglich; b) im Falle der Berechnung des Arbeitslohnes nach Wochen für 30 Mark wöchentlich; c) im Falle der Berechnung des Arbeitslohnes nach Monaten für 125 Mark zu unterbleiben. Der abzugsfreie Betrag erhöht sich für jede zum Haushalt des Arbeitnehmers zählende Person im Sinne des § 20 Abs. 2 in dem Falle des Absatzes a) um 1,50, in dem Falle des Absatzes b) um 10 Mk., in dem Falle des Absatzes c) um 40 Mk.

Ob und inwieweit die Vorschriften der Absätze 1 und 2 im einzelnen Falle anzuwenden sind, ist von den Arbeitgebern festzustellen. Auf Antrag des Arbeitnehmers ist den Betrieben, in denen ein Betriebsrat besteht, der Betriebsausschuß oder der Betriebsobmann gutachtlich zu hören. Auf Anruf eines Beteiligten entscheidet das Finanzamt endgültig. In die Entscheidung des Finanzamtes nicht binnen einer Woche nach dem Zahlungstag angerufen, so ist der Abzug in vollem Umfang vorzunehmen.

§ 45b. Arbeitnehmer, die nicht unter § 45a fallen, können bei dem Finanzamt die Ausstellung einer Bescheinigung über den Hundertfuß des Arbeitslohnes verlangen, der von jedem Arbeitgeber bei der Lohnzahlung in Abzug zu bringen ist. Das Finanzamt hat den Hundertfuß nach dem mutmaßlichen Mehrbetrag des Einkommens zu ermitteln. Wird eine solche Bescheinigung nicht vorgelegt, so hat der Arbeitgeber 10 v. H. des Arbeitslohnes in Abzug zu bringen.

§ 45c. Uebersteigt der Arbeitslohn auf das Jahr aufgerechnet und unter Berücksichtigung des § 45a den Betrag von 15 000 Mk., so gilt für den einzubehaltenden Betrag nachstehende Tabelle:

von 15 000 — 30 000 Mk.	15 v. Hundert
von mehr als 30 000 — 50 000	20
50 000 — 100 000	25
100 000 — 150 000	30
150 000 — 200 000	35
200 000 — 300 000	40
300 000 — 400 000	45
400 000 — 500 000	50

Art. 2. Dieses Gesetz tritt am 1. August 1920 in Kraft. Die bis zum 1. August 1920 auf Grund der § 45 bis 52 des Einkommensteuergesetzes einbehaltenen Beträge werden auf die nach diesem Gesetz einzubehaltenden Beträge angerechnet.

Art. 3. Der Reichsminister der Finanzen erläßt die näheren Bestimmungen zur Ausführung dieses Gesetzes.

\*

Die Änderungen, die der Reichstag hinsichtlich der Bestimmungen über den Lohnabzug beschlossen hat, treten nach ausdrücklicher Gesetzesbestimmung erst am 1. August d. J. in Kraft. Im besetzten Gebiet bedürfen sie außerdem der Genehmigung durch die Hohe Interalliierte Kommission. Bis diese erteilt ist, hat also der 10-prozentige Lohnabzug unverändert stattzufinden.

## Der Mittellandkanal

Berlin, 9. Juli. In der gestrigen Sitzung der Preussischen Landesversammlung wurde über den Geleientwurf über die Vervollendung des Mittellandkanals verhandelt.

In der Vorlage handelt es sich um den Bau der sogenannten Mittellinie, die von Misburg bei Hannover über Debsfelde bis Burg geht und unter anderem Zweigkanäle nach Hildesheim und Braunschweig entsendet. Das Unternehmen ist auf 24,8 Mill. Mark veranschlagt. Dazu treten 25,4 Millionen für den Ausbau des Jhle- und Flauenischen Kanals, 18 Millionen für den Ausbau des Oder-Spreekanal, 10 Millionen für die Bewässerung der Landeskultur und 10 Millionen für den Erwerb von Grundstücken, zusammen 98,64 Millionen.

Voraussetzung für die Ausführung ist, daß bis zum 1. Juli 1922 die beteiligten Länder, Provinzen oder andere öffentliche Verbände dem Staate die aufzuwendenden Betriebs- und Unterhaltungskosten erstatten, soweit sie durch Schiffsabgaben und andere Einnahmen nicht gedeckt werden, ein Drittel der Baukosten aus eigenen Mitteln mit 5 Prozent verzinsen und vom sechzehnten Betriebsjahre ab diese Baukosten außerdem mit 1/2 Prozent und mit den erparten Einbeträgen tilgen, soweit die Schiffsabgaben und andere Einnahmen nicht ausreichen.

Die Baukosten sind nach dem bei den Verhandlungen am Ems-Beserkanal erzielten Einheitspreisen mit einem Zuschlag von 20 Prozent für die bereits vor dem Kriege eingetretene Preissteigerung berechnet, enthalten also Friedenspreise. Mit den Bauausführungen ist bei der Demobilisierung als Notstandsarbeit bereits begonnen worden, wofür die nachträgliche Genehmigung eingeholt wird. Mit der Ausführung des Baues selbst durch Preußen ist jedoch nicht zu rechnen, da nach der Reichsverfassung die dem allgemeinen Verkehr dienenden Wasserstraßen bis zum 1. April 1921 auf das Reich übergeben. Es bedarf also später noch einer Verständigung zwischen Preußen und dem Reich. Sollte das Reich später auch den Bau der Mittellinie beschließen, so würde für den Mittellandkanal und den Leipziger Kanal der gleiche Bauherr in Frage kommen. Für die Preuss. Landesversammlung scheidet dieser Kanal aus. Der Kanal ist für 600 Tennen-Schiffe gedacht, soll aber

von Anfang an so eingerichtet werden, daß die Ausdehnung auf 1000 Tennen-Schiffe keine Schwierigkeit bereitet.

## Interpellation über Nackttänze

Berlin, 8. Juli. In einem Berliner Theater werden zurzeit in einer Tannhäuser-Vorstellung Ballett-tänze von nackten Tänzerinnen vorgeführt. Die Zentrumsfraktion der Landesversammlung hat eine Interpellation Dr. Hasbender eingebracht, worin es heißt: „Im „Berl. Tagebl.“ wird gegen diese Aufführungen Protest erhoben, und dann gesagt: „Ich bin nicht prüde, aber diese schamlose Schaustellung nackter Körper hat mit Kunst nicht das geringste mehr zu tun. Es ist für die heutige Verwahrlosung bezeichnend, daß der Entfall, Richard Wagner mit einer unästhetischen Angelegenheit zu verquiden, überhaupt möglich war.“ Zu dieser Ausführung des „Berl. Tagebl.“ erübrigt sich jede Bemerkung. Nach den Reklamen an den Anschlagtafeln und in den Berliner Zeitungen seit der Revolution muß man annehmen, daß solche Tänze immer mehr Verbreitung finden, und daß schamlose Schaustellungen nicht allein Wählungen vorgeführt werden, an denen nichts mehr zu verderben ist, sondern daß auf diese Weise die sittlichen Anschauungen breiter Volksmassen auf Abwege geführt werden. Der jugendliche Arbeiter und die jugendliche Arbeiterin sieht die gelben Hüllen auf ihrem Wege von und zur Arbeit, das Schulkind beschaut sie auf dem Schulwege. Wie stellt sich die Regierung zu der schamlos und gewerksmäßig betriebenen Entfittlichung unseres Volkes, der Verführung jetzt noch unständiger Volkskreise und besonders der heranwachsenden Jugend? Was gedenkt die Regierung dagegen zu tun?“

## Ein nationales Werk gefährdet

Berlin, 6. Juli. Von dem Zentrumsabg. Dr. Schreiber (Münster) ist im Reichstag folgende Anfrage eingebracht worden: „Eines der größten wissenschaftlichen Unternehmen Deutschlands, die Monumenta Germaniae Historica, droht angehts geldlicher Schwierigkeiten der Fortführung anheimzufallen. Seine Aufrechterhaltung ist eine Ehrenpflicht des deutschen Volkes. Dient es doch seit mehr als einem Jahrhundert ruhmvollem Bestehen der Aufdeckung und Erforschung der Geschichte des deutschen Volkes, der Geschichte seiner Eigenart und Kultur. Wie kaum ein anderes wissenschaftliches Unternehmen haben die Monumenta Germaniae Historica das Ansehen der deutschen Wissenschaft und Forscherfähigkeit im Ausland gefördert und zugleich den deutschen Universitäten einen hervorragenden Nachwuchs geliefert. Welche Maßnahmen gedenkt die Reichsregierung zu treffen, um dieses große Nationalunternehmen lebensfähig zu erhalten?“

New York, 4. Juli. Der deutsche Gesandte für Mexiko, Graf Montgelas, der mit einem italienischen Dampfer hier eintraf und schon wegen seines Passvisums Schwierigkeiten gehabt hatte, ist bei seiner Ankunft von den amerikanischen Behörden ziemlich unhöflich behandelt worden. Alle den Diplomaten zugestanden Vergünstigungen wurden ihm verweigert, und das Gepäck des Gesandten sowie das des Legationssekretärs v. Erdmannsdorff wurde einer eingehenden Untersuchung unterworfen. Von einer Beschwerde hat der Gesandte absehen müssen, weil sich Amerika formell noch mit Deutschland im Kriege befindet, worauf auch die Behandlung zurückgeführt wird.

## Frankfurter Großbrauerei

mit vorzūgl. Bieren sucht Abnehmer und Händler zum Vertrieb und zur Abfällung in Flaschen. Weitgehendes Entgegenkommen wird zugesichert. Interessenten mit entspr. Räumlichkeiten wollen ihre Adresse unter Brauerei bei der Exped. ds. Bl. gest. abgeben.

## Stuhlflechterei

Karl Streck, Rüdeshelm a. Rh.  
Germaniastraße Nr. 6.

empfehlte sich in Anfertigung von Rohrsitzen aller Art. Lieferung in kürzester Zeit. Bei größeren Aufträgen unverbindlicher Kostenvorschlag.

## Gauturnfest!

Bestellungen auf Bilder

- Aufmarsch der Freiübungen -  
durch H. Rudolph, phot. Atelier,  
werden in A. Meler's Buchdruckerei,  
Kirchstrasse, Rüdeshelm, entgegengenommen.

## Weinberge zu kaufen gesucht!

Genaue Angaben über Lage, Rebart, Alter, Größe und Preise a. d. Geschäftsstelle ds. Bl. u. Q. 200 erbeten. Vermittler dankend verboten.

## Frau oder Mädchen

für 1/2 Tag in der Woche zum Hausputz gesucht.  
Näheres Weisenheimerstraße 30 p.

## Kaufmann,

22 Jahre, — Kriegsbeschädigter — in allen Büroarbeiten bewandert sucht Stellung gleich welcher Art. Off. unter F. K. an die Geschäftsstelle ds. Blattes.

Ein braves junges

## Mädchen

einige Stunden tagsüber gesucht gegen guten Lohn. Zu erfragen in der Exped. ds. Bl.

## Ein Mädchen

für täglich 2 Stunden gesucht.  
Löhrrstraße Nr. 2.

## Färberei und chem. Reinigung Karl Döring, Wiesbaden.

Fabrik: Drudenstrasse 5. — 6149 Telefon 6149.

Läden: Weissenburgstrasse 12, Schwalbacherstrasse 9.

## Reinigen u. Färben sämtl. Herren- u. Damengarderoben

sowie Teppiche, Möbelstoffe usw.

Dekatieren und Imprägnieren (wasserdicht).

Durch genügend Benzinvorrat bin ich in der Lage, allen Anforderungen im Reinigen gerecht zu werden. Lieferzeit 8—10 Tage, Trauersachen 24 Std.

Prompte Bedienung. — Solide Preise.

Annahme für Rüdeshelm und Umgegend:

Schneidermeister Schön, Rüdeshelm, Neustrasse 12.

Für Assmannshausen:

Schneidermeister Reutershan, Assmannshausen, Gollenbachstr. 1.

## Zahnpraxis Elly Lange

Tel. 303. Rüdeshelm. Markt 13.

Sprechstunden von 9—12 und 2—5 1/2 Uhr

Sonntags auf vorherige Anmeldung.

Zahnziehen, auch schmerzlos.

Anfertigung

sämtlicher Füllungen u. Kautschukarbeiten.

— Spez.: Moderner gaumenloser Zahnersatz. —

Schonendste Behandlung.

Prepp-Papier empfiehlt H. Meier